1 | 20

Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten



Magazin

Achtung, Siedlungsprodukt!

Die Kennzeichnungspolitik der Europäischen Union

EIN VORKÄMPFER FÜR ISRAEL
Der CDU-Politiker Uwe Becker im Interview

LETZTE ERINNERUNGEN
Ein Holocaust-Überlebender erzählt seine Geschichte

Trump präsentiert „realistische Zwei-Staaten-Lösung“

US-Präsident Donald Trump hat Ende Januar seinen lange angekündigten Friedensplan im Beisein von Israels Premierminister Benjamin Netanjahu präsentiert. Der als „Jahrhundertdeal“ angekündigte Plan sieht eine „realistische



Trump und Netanjahu stellen den Friedensplan im Weißen Haus vor

Zwei-Staaten-Lösung“ vor und versucht sich damit von vorherigen Initiativen abzusetzen. Es sei „unproduktiv, vergangene Narrative wiederzugeben“, heißt es in dem Text.

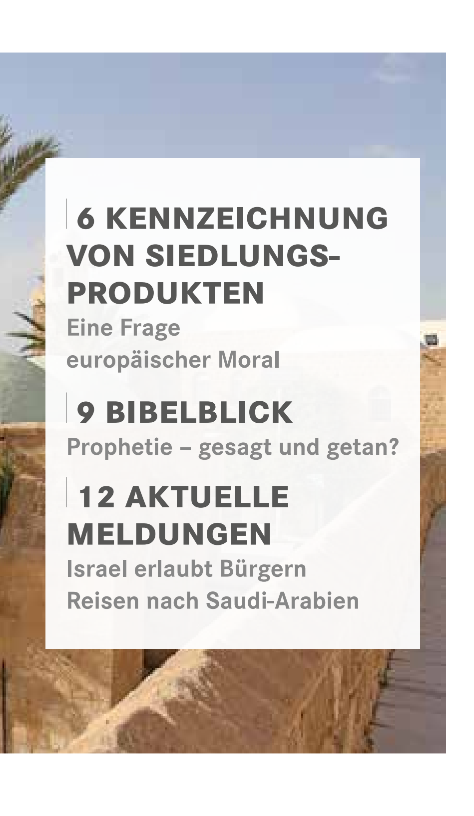
Der Vorschlag erlaubt Israel, „die große Mehrheit der Siedlungen“ im Westjordanland und das Jordantal zu annektieren. Im Gegenzug könnten die Palästinenser zusätzliches Land an der Grenze zu Ägypten sowie westlich und nordwestlich des heutigen Westjordanlandes erhalten, um dann einen eigenen Staat zu gründen – zum Unmut einiger Israelis aus dem rechten politischen Spektrum. Die Amerikaner sehen darin „signifikante territoriale Kompromisse“ Israels.

Das Westjordanland soll durch eine „Hochgeschwindigkeitsstraße“ mit dem Gazastreifen verbunden werden. Die Palästinenser hätten Zugang zu den israelischen Häfen in Aschdod und Haifa. Seiner Linie treu bleibt der Präsident bezüglich Jerusalem. Die Heilige Stadt soll nach Trumps Willen „ungeteilte“ Hauptstadt Israels bleiben. Allerdings könnten einige Vororte jenseits der Sperrmauer zur Kapitale eines Palästinenserstaates werden. Ein Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge lehnen die USA ab.

Trumps Plan postuliert einen „Vorrang der Sicherheit“ und nimmt an verschiedenen Stellen ausführlich auf Israels Sicherheitsinteressen Bezug. Dementsprechend sieht er eine Demilitarisierung eines künftigen Palästinenserstaates und eine „übergeordnete Sicherheitsverantwortung“ Israels für die Palästinenser vor, etwa die Kontrolle über den Luftraum westlich des Jordan. Neben den politischen Vorschlägen formuliert der Plan auch eine wirtschaftliche Vision: Investitionen von rund 50 Milliarden Dollar sollen das palästinensische Bruttoinlandsprodukt steigern und die Armutsrate senken.

Die palästinensische Führung hatte den Plan bereits im Vorfeld als „Ohrfeige des Jahrhunderts“ verurteilt. In Teilen der arabischen Welt stieß Trump jedoch auf offene Ohren. Bei der Vorstellung des Plans waren Vertreter von Bahrain, Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten anwesend. Saudi-Arabien begrüßte die „Bemühungen der Trump-Regierung“ und rief zum Start direkter Friedensverhandlungen auf. |

Sandro Serafin



Liebe Leserin, lieber Leser,

das angefangene Jahr 2020 gibt Anlass zu einem Rückblick. Im März des Jahres 2000 wurde während der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin das Internet-Portal Israelnetz offiziell gestartet. Ein völlig neues Projekt des Christlichen Medienverbundes KEP e.V. (heute Christliche Medieninitiative pro e.V.). Bereits ein Jahr zuvor hatte der neue Arbeitsbereich „Israel" mit einem Büro in Jerusalem und der speziellen Beilage „Israelreport" im Magazin pro angefangen.

In der nächsten Ausgabe des „Israelnetz Magazins" werden wir uns ausführlicher mit dem Thema beschäftigen und an die Anfänge vor zwanzig Jahren erinnern. Seien Sie gespannt.

Die aktuelle Ausgabe beschäftigt sich mit den oft unterschiedlichen Traditionen im Blick auf biblische Personen wie Abraham, Isaak und Jakob, auch Rahel und Sara und andere. Um einige Grabstätten gibt es Streit zwischen den Palästinensern, der islamischen Behörde Waqf und Israel. Das „Israelnetz Magazin" listet eine Auswahl der Stätten auf.

Ein anderes, sehr aktuelles Thema sind „Siedler-Produkte". Nach dem Willen der Europäischen Union sollen alle Mitgliedsländer die israelischen Produkte aus dem Westjordanland und vom Golan als Produkte aus Siedlungen kennzeichnen. Der Europäische Gerichtshof bestätigte die Maßgabe vor wenigen Wochen – endgültig! Wer ein aufrechter Europäer ist, kauft keine Produkte aus israelischen Siedlungen. So lässt sich das Urteil verkürzt lesen. Kritiker werfen den Richtern vor, einen einseitigen Blick auf die Lage geworfen zu haben. Denn diese Bestimmung gilt für kein anderes Land, das Gebiete besetzt hält. Mehr über das Thema lesen Sie ab Seite 6.

In Auschwitz, in Berlin und in Jerusalem wurde Ende Januar mit besonderen Veranstaltungen an die Scho'ah erinnert. Zeitlicher Anlass war der Internationale Holocaust-Gedenktag mit dem Rückblick auf die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945. 75 Jahre danach hatte die Gedenkstätte Yad Vashem zum 5. Welt-Holocaust-Forum eingeladen. Präsidenten, Prinzen und Spitzenpolitiker aus fast fünfzig Staaten reisten mit Delegationen an. Rund 300 Journalisten berichteten, auch Israelnetz war dabei.

In wenigen Wochen feiert Israel die Staatsgründung vor 72 Jahren. Die Welt schrieb den 14. Mai 1948, als David Ben-Gurion in Tel Aviv den Staat Israel ausrief. Ein Zufall in der Weltgeschichte? Der UNO-Beschluss war einfach ein günstiger Moment der Weltpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dem Massenmord an den europäischen Juden. Oder doch die Erfüllung uralter Prophetenworte in unseren Tagen? Ein „Bibelblick" in den Propheten Hesekiel gibt Antworten.

Schalom,

Ihr

Egmond Prill



PS: Alle reden über Antisemitismus und Israelhass. Wir tun etwas: Vorträge, Seminare und Besuche in Gemeinden und Gymnasien. Laden Sie uns ein; wir kommen gern!

IMPRESSUM

Herausgeber
Christliche Medieninitiative pro e.V.
Charlotte-Bamberg-Straße 2
D-35578 Wetzlar
Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00
Telefax +49 (64 41) 5 66 77 33
israelnetz.com
info@israelnetz.com
Vorsitzender Michael Voß
Geschäftsführer Christoph Irion
Büro Wetzlar Dana Nowak (Redaktionsleitung), Martina Blatt, Daniel Frick, Elisabeth Hausen (Leitende Redakteurin online), Timo König, Egmond Prill, Martin Schlorke
Büro Jerusalem mh
Spenden
Israelnetz Magazin lebt von Ihrer Spende.
Volksbank Mittelhessen eG
IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01
BIC VBMHDE5F
Verwendungszweck: Israelnetz
www.israelnetz.com/spenden
Titelfoto
Die Weine auf dem Cover stammen aus dem Golan, aus Judäa und Samaria
Quelle: Israelnetz/Dana Nowak
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Januar 2020

Fotos: Israelnetz/Elisabeth Hausen | Israelnetz/mh | Weißes Haus/Shealah Craighead

HOLOCAUSTGEDENKEN

„Jede Nacht die Bilder vor Augen“

Jungen Leuten mögen 75 Jahre wie eine Ewigkeit erscheinen. Doch für die, welche die Gräuel des Krieges selbst erlebt haben, sind die Ereignisse von damals ganz präsent. Nachum Rotenberg hat Schreckliches mitgemacht. In Jerusalem erzählt der 91-Jährige seine Geschichte.

mh

Nachum Rotenberg ist während des Welt-Holocaust-Forums in die Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem gekommen, um zu erinnern. Im Einzelgespräch berichtet er auf Hebräisch von seinen Erlebnissen. 1928 als Sohn einer Bäckerfamilie im polnischen Lodz geboren, wuchs er unter harten Umständen im Ghetto auf.

Doch schon vorher erlebte er Diskriminierung: „Ich ging in eine Schule, auf der es neben den christlichen Polen auch viele Juden gab“, erzählt der 91-Jährige den Menschen, die es hören wollen. „Antisemitismus hat es bereits vor dem Krieg gegeben. In der Schule prüften die Lehrer immer unsere Fingernägel. Und wenn da Dreck drunter war, bekamen wir Juden einen Schlag auf die Finger, die Christen blieben verschont.“

Einmal habe ihm eine Lehrerin einen Zettel geschrieben. „Sie war eine tolle Frau, ich weiß nicht, ob sie Christin oder Jüdin war. Sie schrieb meiner Mutter, dass ich immer mein Butterbrot auf dem Stuhl liegen lassen würde. Ich hatte einfach keinen Hunger. Also gab ich es Jurek, meinem Banknachbarn. Der nahm es dankbar an. Mit der Besatzung der Deutschen von Polen im September 1939 durften wir Juden auch nicht mehr zur Schule gehen. Alle Volksdeutschen sollten sich melden. Einmal sah ich Jurek wieder. Er trug das Hakenkreuz und als ich ihn grüßte, rief er mir ‚Heil Hitler‘ zu. Dann wandte er sich von mir ab, als würde er mich nicht kennen.“

Offiziell erinnern Israelis am 27. Nisan mit dem „Tag des Gedenkens an Scho‘ah und Heldentum“ an die Schrecken des Holocaust. In diesem Jahr wird der „Jom HaScho’ah“ am 21. April begangen. Dieses Datum wurde vom israelischen Parlament festgelegt, auch wenn der Anlass, nämlich der Beginn des Aufstandes im Warschauer Ghetto, bereits am 14. Nisan war. In Warschau war das größte Ghetto in Polen; auf engstem Raum drängten sich mehr als 400.000 Juden. Am 19. April 1943 begann ein Aufstand der gefangenen Juden gegen die Besatzung.

Nach der Wannseekonferenz im Januar 1942 richteten die Nationalsozialisten neben Ghettos und Arbeitslagern sechs große Vernichtungslager ein. Das Ziel war die totale Vernichtung der Opfer inklusive aller sterblichen Überreste. Wie kein anderer Ort steht das Vernichtungslager Auschwitz für die Schrecken des Holocaust. Rund 1,1 Millionen Menschen wurden hier brutal ermordet, davon waren etwa 960.000 Juden. Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee den Lagerkomplex auf polnischem Boden. In Deutschland wird der Jahrestag seit 1996 als Gedenktag begangen, seit 2005 ist er auch international zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ geworden.

Der Mann mit den kurzen weißen Haaren erzählt in knappen Sätzen: „1944 wurden wir abgeholt. Wir sollten zum Arbeiten kommen. Geld und alle Wertsachen sollten wir mitnehmen. Man nahm uns alles sofort ab. Als wir in Auschwitz ankamen, wurden mein Bruder und ich von meinen Eltern getrennt. Wir wussten, man würde sie zum Krematorium führen. Wir hatten keine Zeit, uns von ihnen zu verabschieden.“ Rotenberg guckt fassungslos: „Es war fürchterlich: Hunde bellten, die deutschen Soldaten brüllten, die abgeführten Menschen schrien. Die Menschen wurden verbrannt, es stank fürchterlich und die Asche hing dunkel am Himmel.“ Nach einer Pause fährt Rotenberg fort: „Wir schrien das ‚Schma Israel‘, doch nichts geschah. Kein Feuer, das vom Himmel fiel und die Nazis zum Stoppen brachte. Ich habe starke Zweifel, ob es einen Gott gibt. Wenn es einen Gott gäbe, wie kann er so etwas Schreckliches zulassen? Warum?“

Eine Arbeit zum Tod

Der sechs Jahre ältere Bruder Schmulik wurde zum Arbeiten in den Steinbruch geschickt. Nachum selbst meldete sich als Koch: „Sie fragten, ob es Köche unter uns gäbe. Alle meldeten sich, sie brauchten aber nur zwei. Sie wollten die nehmen, die am wenigsten wogen. Ich hatte Glück. Sie nahmen mich, weil ich nur 28 Kilogramm wog. Der andere wog 29 Kilogramm. Ich wusste, dass mein Körper zu schwach sein würde, um viel Essen aufzunehmen. Der andere aß viel. Er bekam Durchfall und starb noch in der selben Nacht.“

Rotenberg stützt sich auf seinen Stock, sein Blick schweift in die Ferne, doch wenn er erzählt, ist er konzentriert: „Schmulik wurde krank, er hatte Staub in den Lungen vom Steinbruch. Er bekam nichts zu essen, wir hatten keine Kleidung und keine Heizung. Irgendwann beschlossen die Deutschen, dass sie uns zum Arbeiten in Deutschland brauchten. Sie waren stark unter Druck. Sie hatten noch nicht einmal mehr Zeit, uns zu tätowieren.“ Rotenberg lächelt kaum merklich. „Deshalb habe ich keine Nummer am Arm.“

Nur wenige Wochen später, noch vor dem Winter 1944, wurden die Brüder nach Ahlem bei Hannover verlegt. Dort war ein Außenlager des bei Hamburg gelegenen KZ Neuengamme. „Schmulik war so schwach, er kam sofort ins Revier.“ Rotenberg spricht Hebräisch, doch an dieser Stelle benutzt er den alten deutschen Begriff für die Krankenstation. „Kurze Zeit später starb er. Wie bei so vielen war die offizielle Todesursache eine Grippe. Doch wir alle wussten, dass es der Staub in den Lungen von der Arbeit im Steinbruch war.“

Neues Leben in Israel

Rotenberg selbst konnte in der Wäscherei arbeiten. „Das war eine viel leichtere Arbeit als die im Steinbruch.“ Wann er aus Ahlem



Lange hat Nachum Rotenberg über seine Erlebnisse in den Lagern geschwiegen. Nun begleitet ihn oft seine Tochter Sari, wenn er jungen Menschen seine Geschichte erzählt.

befreit wurde? Genau wisse er das nicht mehr, es müsse aber nach dem Pessachfest 1945 gewesen sein: „Da gab es eine Familie mit vier Kindern, bei denen wir feiern konnten. Ich erinnere mich, dass wir jemanden vor die Tür schickten, damit wir nicht entdeckt würden.“ Und dann kam die Befreiung: „Die Gestapo und SS waren schon geflohen. Mit einem Mithäftling floh ich. Wir suchten solange, bis wir in einem Stall eines deutschen Bauern unterkamen. Als die Deutschen hörten, dass der Krieg zu Ende ist, schlachteten sie ein Schwein. Aber ich konnte nichts davon essen. Nicht etwa aus religiösen Gründen. Ich war zu schwach und habe das Fett einfach nicht vertragen. Einen Tag später brachten uns die Amerikaner in das Heidehaus, ein Krankenhaus.“ Freuen konnte er sich nicht: „Meine ganze Familie war doch tot.“

1946 wanderte Rotenberg ins damalige Mandatsgebiet Palästina ein. Heute lebt er in Ramat Gan, nahe Tel Aviv. Er hat zwei Kinder, sechs Enkel und zwei Urenkel. Seine Tochter Sari ist 1966 geboren. Sie hat ihren Vater in die Gedenkstätte begleitet und erzählt nun selbst: „Lange habe ich nichts über die Geschichte meines Vaters gewusst. Ich habe immer nur schlimme Geschichten über die Deutschen gehört. Erst vor 15 Jahren fing er an zu erzählen. Bis heute fällt es mir schwer, nach Deutschland zu fahren.“ Bei aller Abneigung gegen Deutsche spricht sie jedoch mit Respekt von der heutigen Generation in Deutschland: „Inzwischen hat mein Vater richtig gute Freunde in Hannover. Die rufen ihn zum Schabbat an, haben ihm auch schon oft finanziell ausgeholfen.“ Und was wohl am wichtigsten ist: „Sie haben dafür gesorgt, dass Schmulik einen echten Grabstein in Hannover bekam. Den sucht mein Vater regelmäßig auf.“

1975 fuhr er zum ersten Mal wieder nach Deutschland, um in Berlin am Prozess gegen den Lagerältesten Heinrich Johann Wexler auszusagen. „Ich wollte mich an ihm rächen. Er hatte so viele Menschen auf dem Gewissen!“ Heute fährt er nach Deutschland, um jungen Menschen von seinen Erlebnissen zu berichten. Er hat sie auch schriftlich festgehalten: „Ich habe jede Nacht die Bilder vor Augen“ – so lautet der Titel des Büchleins, das in der Schriftenreihe der Mahn- und Gedenkstätte Ahlem veröffentlicht wurde.

Die Zahl der Zeitzeugen wird auch in Israel immer kleiner, im Jahr 2019 sind 14.800 von ihnen gestorben. Noch gibt es Überlebende und noch bleibt Zeit, ihnen zuzuhören. Zusammen mit seinem Sohn fährt Rotenberg am 1. Mai wieder nach Neuengamme, um dort mit Interessierten seine Geschichte zu teilen. |



Welt–Holocaust–Forum in Jerusalem

Es war ein riesiges Ereignis für den kleinen Staat: Zum fünften Welt-Holocaust-Forum sind 47 Staats- und Regierungschefs nach Jerusalem gereist. Gegründet wurde das Forum 2005 unter der Schirmherrschaft von Vjatscheslaw Mosche Kantor, einem russischen Oligarchen, um an die Schrecken des Holocaust und des Zweiten Weltkrieges zu erinnern. Die ersten vier Konferenzen wurden 2005 und 2010 im polnischen Krakau, 2012 im EU-Parlament in Brüssel sowie 2015 im tschechischen Prag und Theresienstadt abgehalten. Alle vier standen unter dem Motto „Lass mein Volk leben!“

Die Schirmherrschaft zur Konferenz in Jerusalem hatte Staatspräsident Reuven Rivlin. Er lud zum Dinner in seine Residenz ein, bei dem mehr als 40 Staatschefs an einem Tisch saßen. Aus dem Haus des Präsidenten hieß es: „Als wir begannen, dieses Ereignis zu planen, rechneten wir mit der Teilnahme von zehn bis 15 Staatschefs. Dass nun fast 50 Delegationen der Einladung gefolgt sind, freut uns sehr.“ Eigens für dieses Ereignis flogen 300 Journalisten ein.

Die Konferenz selbst wurde in der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem abgehalten. Sie stand unter dem Motto: „An den Holocaust erinnern, Antisemitismus bekämpfen“.

Als erster deutscher Staatschef durfte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dort eine Rede halten. Aus Respekt vor den Opfern hielt er diese auf Englisch. Zweimal zitierte er ein hebräisches Gebet. „Das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte – es wurde von meinen Landsleuten begangen.“ Es sind Sätze wie dieser, die Israelis beeindrucken. Eine israelisch-amerikanische Journalistin brachte den Tenor der israelischen Reaktionen auf den Punkt: „Bewegend. Er hat die richtigen Worte gefunden.“ |

Fotos: Israelnetz/mh



Wein aus den Siedlungen: Nach Einschätzung der EU-Kommission führt die Angabe „Israel“ in die Irre

KENNZEICHNUNG VON SIEDLUNGSPRODUKTEN

Eine Frage europäischer Moral

Wer ein aufrechter Europäer ist, kauft keine Produkte aus israelischen Siedlungen. So lässt sich das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Kennzeichnung von Siedlungsprodukten lesen. Kritiker werfen den Richtern vor, einen einseitigen Blick auf die Lage geworfen zu haben.

Daniel Frick

Dass im Wein Wahrheit liegt, gehört zu den alten Sprüchen der Menschheit. Nicht nur Poeten des antiken Griechenland kamen auf diesen Gedanken; er findet sich in abgewandelter Form auch im Babylonischen Talmud und anderen Schriftzeugnissen vergangener Tage. Für die Gegenwart lässt sich der Zusammenhang von Wein und Wahrheit auch in anderer Weise bestätigen: Es war ein israelischer Weinhersteller, der die Wahrheit wissen wollte; mit seiner Gerichtsklage kam profiliert zum Vorschein, was Vertreter der EU tatsächlich über Israel denken.

Am 12. November hat der Europäische Gerichtshof die Linie der Europäischen Kommission bestätigt, dass Produkte aus israelischen Siedlungen explizit als solche gekennzeichnet werden müssen. Brüssel hatte diese Auffassung vier Jahre zuvor, am 11. November 2015, in einer Auslegungsnotiz bekanntgegeben. Sie besagt, dass die Angabe „Israel“ für solche Produkte nicht verwendet werden darf, da die Siedlungen nicht dem israelischen Staat zuzurechnen seien. Auch Gebiete, die aus Sicht Israels seit langem zum Staatsgebiet gehören – Ostjerusalem und die Golanhöhen –, sind davon betroffen. Die EU erkennt die jeweiligen Annexionen von 1967 und 1981 nicht an.

Die Richter äußerten sich nun zu dem Fall, weil der Weinhersteller Psagot, nördlich von Jerusalem gelegen, und die französische „Organisation Europäischer Juden“ gegen die Kennzeichnung geklagt hatten. Damit wollten sie die französische Regierung davon abhalten, eine entsprechende Maßgabe zu veröffentlichen. Der französische Staatsrat, das Oberste Verwaltungsgericht, leitete den Fall an den Europäischen Gerichtshof weiter.

Die Bekanntgabe dieser Linie hatte damals handfeste politische Folgen. Das Außenministerium legte den politischen Dialog mit dem Staatenverbund auf Eis. Der israelische Präsident Reuven Rivlin verschob einen Besuch in Brüssel. Premier Benjamin Netanjahu sprach von einem „schändlichen Schritt“, der vor allem Palästinensern schade, die bei Israelis im Westjordanland eine Arbeit gefunden haben.

Schon damals machten aber auch Kritikpunkte die Runde, die über wirtschaftliche Aspekte hinausgingen: Wie einst die Nationalsozialisten jüdische Geschäfte gekennzeichnet hatten, verlange die EU nun die Kennzeichnung jüdischer Produkte. Zudem hielten Kritiker der Staatenorganisation vor, für andere Gebietsstreitigkeiten in dieser Welt keine derartige Regelung zu haben; Israel werde also gesondert herausgestellt. Nicht zuletzt befürchtet Israel, eine Kennzeichnung erleichtere es Siedlungsgegnern, diese Produkte zu boykottieren.

Ethische Erwägungen

Ähnliche Argumente waren nun auch nach dem Richterspruch zu hören. Dabei mutet die Urteilsbegründung zunächst recht harmlos an. Die Richtlinie der Kommission fußt auf einer Verordnung aus dem Jahr 2011. Diese besagt, dass europäische Verbraucher über die Herkunft eines Produktes nicht in die Irre geführt werden dürften. Und da aus Sicht der EU weder Ostjerusalem noch das Westjordanland oder die Golanhöhen zum Staat Israel gehören, wäre es auch falsch, die Produkte so zu kennzeichnen. Der Verbraucher soll beim Einkauf eine „informierte Entscheidung“ treffen können.

Dass es tatsächlich um den Verbraucher geht, zeigt auch der Umstand, dass die Zollbestimmungen der EU die Unterscheidung zwischen Produkten „aus Israel“ und „aus den Siedlun-

Fotos: Israelnetz/Mirjam Holmer | Europäischer Gerichtshof/G. Fessy

gen“ längst kennen. Allerdings war dieses technische Detail der Handelspolitik wohl eher etwas für Zollbeamte, ins Bewusstsein von Otto Normaleuropäer ist es nicht gedrungen. Denn wer gibt sich schon die Mühe, auf den Internetseiten der EU nach der 18-seitigen Liste mit Postleitzahlen von Ortschaften und Industriegebieten zu suchen, für welche die Zollerleichterungen nicht gelten, weil sie „nicht zu Israel gehören“? Dieser „Ausschluss von Siedlungsgütern“, so die Formulierung der EU, ist seit dem 1. Februar 2005 in Kraft.

Wer im Urteil weiterliest, stößt dann schnell auf den eigentlichen Geist, der hier eine Rolle spielt: Die Richter erklären den Kauf von Siedlungsprodukten explizit zu einer Frage der Ethik. Auch damit wird deutlich, dass es sich nicht mehr nur um die Frage von bloßer Kundeninformation handelt, sondern auch um die Frage von Gut und Böse, wenn es um Siedlungsprodukte geht. Und da die Richter im Urteil festhalten, dass Siedlungen „nach internationalem Recht illegal“ sind, ist die Botschaft zwischen den Zeilen: Der Kauf von Siedlungsprodukten ist moralisch verwerflich, denn wer sie kauft, unterstützt eine illegale Bewegung.

Mit dieser Auffassung folgen die Richter der Einschätzung des Generalanwalts Gerard Hogan, der in diesem Fall als Berater fungierte; dessen Name ist im Urteil auch aufgeführt. Der Ire brachte bereits im Juni 2019 in einem Interview seine Abneigung gegenüber Israel zum Ausdruck. Er sagte, dass jeder „vernunftbegabte Verbraucher“ aus „ethischen Erwägungen“ heraus womöglich davon Abstand nehmen würde, ein Siedlungsprodukt zu kaufen. Für Hogan steht dabei fest, dass diese Produkte auf „palästinensischem Land“ entstünden.

Weiter bezichtigte er Israel der Apartheid-Politik: „So, wie sich europäische Konsumenten in der Apartheid-Ära gegen Produkte aus Südafrika wandten, wenden sich Konsumenten heute womöglich aus den gleichen Gründen gegen den Kauf von Produkten eines bestimmten Landes, zum Beispiel weil es keine Demokratie ist oder weil es eine bestimmte Politik verfolgt, die der Verbraucher beanstanden oder sogar abstoßend finden könnte.“

Vom Hansell-Memorandum zur Pompeo-Doktrin

Schlagwörter wie „palästinensisches Land“ und „illegale Siedlungen“ gehören zwar zum gängigen Begriffsfundus von Politik und Medien. Doch die wiederholte Verwendung täuscht eine Eindeutigkeit vor, die so nicht gegeben ist. Wer etwa von „illegalen Siedlungen“ spricht, beruft sich, wie auch die Richter in ihrem Urteil, auf die Genfer Konventionen von 1949. Demnach darf keine Regierung Bevölkerung in besetzte Gebiete zwangsumsiedeln. Nach Ansicht der Richter ist das bei der Siedlungsbewegung der Fall. Und genau deshalb soll der Kunde bei seinem Einkauf darauf hingewiesen werden.



Kritiker werfen dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg bei ihrem Urteil zu den Siedlungsprodukten Doppelmoral vor

Für Kritiker des Urteils ergibt sich hier aber ein Knackpunkt: Dass die Genfer Konventionen bei den Siedlungen Anwendung finden, ist nicht ausgemacht. Erstens wohnen die Siedler freiwillig in den betreffenden Gebieten; die Regierung hat niemanden dazu gezwungen. Zweitens ist fraglich, ob es sich dabei um eine „Besatzung“ im klassischen Sinne handelt. Dies würde voraussetzen, dass das Gebiet zuvor zu einem souveränen Staat gehört hätte, von dem Israel das Gebiet erobert hat. Im Falle des Westjordanlandes ist dies aber nicht gegeben – weil dieses bis 1967 von Jordanien annektiert war.

Besonders deutlich wurde der Widerstreit der Auffassungen knapp eine Woche nach dem Richterspruch. Die USA erklärten am 18. November, dass Siedlungen per se nicht illegal seien. Außenminister Mike Pompeo wies damit eine Rechtsauffassung zurück, die 1978 unter der Carter-Regierung zustande kam. Sie ist als „Hansell-Memorandum“ bekannt, benannt nach dem damaligen Rechtsberater des Außenministeriums Herbert Hansell.

Die neue Auffassung trägt inzwischen den Namen „Pompeo-Doktrin“. Befürworter wie Juraprofessor Eugene Kontorovich sind der Meinung, dass die USA damit den rechtlichen Vorgaben der Weltgemeinschaft folgen, die im April 1920 in San Remo festgelegt und nie widerrufen wurden. Der Oberste Rat der Alliierten (Großbritannien, Frankreich und Italien) hatte sich damals in der italienischen Küstenstadt eingefunden, um die Nachkriegsordnung in Nahost festzulegen. Dort verpflichteten sich die Länder

Welche Kennzeichnungen für die EU zulässig sind und welche nicht



„Könnte verwendet werden“ / „nicht irreführend“

» Produkt aus den Golanhöhen (israelische Siedlung)
» Produkt aus dem Westjordanland (israelische Siedlung)
» Produkt aus Palästina
» Produkt aus dem Westjordanland (palästinensisches Produkt)
» Produkt aus Gaza



„Nicht akzeptabel“ / „irreführend“

» Produkt aus den Golanhöhen
» Produkt aus dem Westjordanland
» Produkt aus Israel

Quelle: Auslegungsnotiz der EU-Kommission zur Angabe der Herkunft von Gütern „aus den durch Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten“ (11. November 2015)

unter anderem, auf eine jüdische Heimstätte in Palästina hinzuwirken. Gemeint war damals auch das Gebiet des heutigen Jordanien, später das Land zwischen Mittelmeer und Jordan, das Westjordanland also eingeschlossen. Im Juli 1922 nahm der Völkerbund, die Vorläuferorganisation der Vereinten Nationen, die zwei Jahre zuvor festgelegten Bestimmungen an.

In der verwachsenen Geschichte des Nahen Ostens kam es in der Folge dazu, dass Israel Teile des zugesprochenen Gebietes zwar nicht bekam, 1967 im Sechs-Tage-Krieg aber eroberte. Ab diesem Jahr begann auch die Siedlungsbewegung – also mit Blick auf „San Remo“ in einem Gebiet, das ohnehin zu Israel gehören sollte. Heute werden diese Ortschaften im Allgemeinen als „Friedenshindernis“ bezeichnet. Bei diesem Vorwurf bleibt jedoch immer offen, für welche Jahre die Periode friedvollen Zusammenlebens anzusetzen ist, die vor der Gründung der ersten Siedlungen angeblich herrschte.

Kontorovich wirft den Richtern vor, dass dieser Aspekt der Geschichte des Nahen Ostens im Urteil keine Rolle spielte. Das allein lässt bereits Zweifel an der „Weisheit“ des Urteils aufkommen. Der Verdacht steht im Raum, dass es sich die Richter etwas zu einfach gemacht haben – unabhängig davon, ob man nun der „europäischen“ oder der „amerikanischen“ Sicht zustimmt. Und für die Richter war es offenbar unproblematisch, auf dieser Grundlage die Frage nach Gut und Böse zu erheben.

Beweggründe angezweifelt

Die US-Regierung indes hat sich diese Frage beantwortet, allerdings mit Blick auf den Richterspruch. Sie sieht hier „anti-israelische Vorurteile“ am Werk, wie das Außenministerium am 13. November bekanntgab. Die von der EU vorgegebenen Bestimmungen „dienen einzig dazu, Boykotte, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) zu fördern und zu erleichtern. Die Vereinigten Staaten treten diesen Versuchen, sich an BDS zu beteiligen oder auf Israel anderweitig wirtschaftlichen Druck auszuüben, es zu isolieren oder delegitimieren, unmissverständlich entgegen“.

Auch die Leute vor Ort erkennen in dem Urteil eine Doppelmoral. Die Sprecherin des Regionalrats Benjamin, in dem der Psagot-Weinberg liegt, Miri Maos-Ovadia, bezeichnet das Urteil gegenüber Israelnetz als „antisemitisch“. Für sie ist klar: Nicht nur die Bestimmungen von San Remo lassen keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit jüdischer Ortschaften und Unternehmen in diesem Gebiet, sondern auch der Umstand, dass es sich hierbei um das biblische Kernland Israels handelt. Gläubige Juden bezeichnen das Gebiet gemäß der Bibel grundsätzlich als „Judäa und Samaria“.

Immerhin: Die Richter haben sich auch selbst die Frage gestellt, ob der Begriff „Siedlungen“ überhaupt angemessen ist. Sie geben zu bedenken, dass das Wort „auf eine Bevölkerung ausländischen Ursprungs“ verweist. In diesem Satz liest sich das wie ein Argument gegen diesen Begriff. So gesehen handelt es sich nach Ansicht der Richter bei den „Siedlern“ nicht um „Ausländer“. Letztlich sprechen sie sich dann aber doch für den Begriff „Siedlung“ als Herkunftsbezeichnung aus. Er könne dazu beitragen, auf die Lage der Ortschaft hinzuweisen.

Maos-Ovadia gibt zu bedenken, dass die Juden ihre Ortschaften in diesen Gebieten tatsächlich nicht als „Siedlungen“ sehen – eher als Teil des Staates Israel. „Es sind legitime Ortschaften, anerkannt von Israel, die zur israelischen Gesellschaft ihren Teil beitragen.“ Wenn der Begriff „Siedlungen“ meine, dass Juden kein Recht hätten, hier zu leben, weise sie den Begriff zurück. Wenn er jedoch im Sinne einer „Wiederbesiedelung“ des jüdischen Stammlandes verwendet werde, habe er seine Berechtigung.

Wer dieser „Wiederbesiedelung“ entgegenstehe, schade auch den Palästinensern, führt Maos-Ovadia weiter an. Besucher seien meist überrascht davon, wie gut das Zusammenleben funktioniere. „Israelis und Palästinenser arbeiten zusammen, man hat Beziehungen und kennt die jeweiligen Familien. Und viele Palästinenser sind hier, weil es Arbeit gibt. Sie wissen, dass die Bedingungen deutlich besser sind als in palästinensischen Unternehmen.“

Anstatt dieser Entwicklung einen Riegel vorzuschieben, indem man etwa anfange, Produkte zu kennzeichnen, müsste sie gefördert werden. „Sowohl Israelis als auch Palästinenser müssen eine ordentliche Wirtschaft aufbauen. Wir erwarten von der internationalen Gemeinschaft, das zu unterstützen und nicht zu stoppen.“

Besonders nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes sind Zweifel angebracht, ob die EU bei diesem Anliegen ein Partner ist. Neutral scheint sie ebenfalls nicht zu sein. Wie sonst ist zu erklären, dass für die Kommission die Herkunftsangabe „Produkt aus Palästina“ unproblematisch ist, „Produkt aus Israel“ hingegen nicht? Lediglich in einer Fußnote in der Auslegungsnotiz ist vermerkt, dass der Begriff „Palästina“ „nicht als Anerkennung eines Staates Palästina gedeutet werden sollte“. Dass dieser Begriff die kaufwillige Bevölkerung in der EU über die Existenz eines „Staates Palästina“ in die Irre führen könnte, gehörte offenbar nicht zu den Überlegungen der Verfasser. |

BIBELBLICK

Prophetie – gesagt und getan?!

5. Ijar 5708 jüdischer Zeitrechnung: Ein neuer Staat betritt die Bühne der Welt. Drei Jahre nach dem Ende von Auschwitz und dem Massenmord an den europäischen Juden mit dem Ziel einer „Endlösung der Judenfrage" beginnt eine neue Epoche der Geschichte Israels. Gläubige sehen darin die Erfüllung biblischer Verheißungen.

Egmond Prill



Wir sehen heute den modernen Staat Israel und die Einwanderungen von Juden aus aller Welt in dieses Land der Bibel. Ein Zufall in der Weltgeschichte? Die Staatsgründung auf UNO-Beschluss einfach ein günstiger Moment der Weltpolitik nach dem Ende des zweiten Weltkrieges? Oder doch die Erfüllung uralter Prophetenworte in unseren Tagen?

An dieser Stelle wird es spannend. Denn hier scheiden sich die Geister. Und zwar ganz grundsätzlich. Es geht um die Frage: Ist die Bibel Gottes Wort, Gottes Offenbarung – gesagt und aufgeschrieben von Menschen aus Fleisch und Blut auch mit Worten und Vorstellungen ihrer Zeit? Wobei Propheten im Blick auf die Zukunft oft vergleichend schreiben, weil ihnen genaue Begriffe fehlen. Welches Wort sollte der Prophet für ein Flugzeug, ein Auto oder einen Hubschrauber wählen? Im Magazin „Chrismon" (12/2018) finden sich solche Gedanken im Zusammenhang mit der Geburt des Jesuskindes und der Sicht des Evangelisten Matthäus:

Ein eigenartiger Satz steht an dieser Stelle der Weihnachtsgeschichte des Evangelisten Matthäus. Das alles geschehe, damit sich ein Prophetenwort erfülle: „Siehe, eine Jungfrau wird schwanger sein und einen Sohn gebären, und sie werden ihm den Namen Immanuel geben", auf Deutsch: Gott mit uns (Matthäus 1,22f. mit Bezug auf Jesaja 7,14).

Da darf, da muss man stutzen. Kann es einen solchen Sprung über die Zeiten überhaupt geben, liegen doch Jahrhunderte – sechs bis sieben – zwischen der Lebenszeit der Propheten und der Geburt Jesu. Das müssen ja begabte Männer und Frauen sein, die so lange Zeit vor den Ereignissen wissen, was bevorsteht. Matthäus führt eine ganze Reihe solcher frühen Ankündigungen an: Was er über die Geburt Jesu und deren Umstände anführt, gilt ihm als Erfüllung alter Weissagungen.

Solch rückdatierte Prophetie ist auch heute sehr verbreitet. „Wir ahnten schon immer, dass dieses Kind einmal ein berühmter Mathematiker werden wird", sagen Eltern.

Verheißungen werden Wirklichkeit!

Das ist Klartext genug mit der Kernaussage: Biblische Prophetie als Vorausschau über Jahrhunderte gibt es nicht. Niemand kann über lange Zeiten ankündigen, was in der Zukunft sein wird. Doch schauen wir ins Buch Hesekiel und in die Zeitung. Israel ist heute ein moderner Industriestaat mit einer Hightech-Branche von Weltniveau. Die landwirtschaftlichen Erfolge setzen Maßstäbe in der Nutzung der Wüsten mit einem Minimum an Wasserverbrauch. Die Tröpfchen-Bewässerung stammt aus Israel und der USB-Stick ebenfalls. Zufall oder sichtbar gewordene Verheißungen?

„Und ihr sollt wohnen im Lande, das ich euren Vätern gegeben habe, und sollt mein Volk sein, und ich will euer Gott sein. Ich will euch von all eurer Unreinheit erlösen und will das Korn rufen und will es mehren und will keine Hungersnot über euch kommen lassen. Ich will die Früchte der Bäume und den Ertrag des Feldes mehren, dass euch die Völker nicht mehr verspotten, weil ihr hungern müsst." (Hesekiel 36,28ff.).

Biblische Prophetie spannt einen Bogen weit in die Zukunft, aus der Zeit des Propheten gesehen. Es gibt eine Erfüllung auf einer kurzen zeitlichen Linie oft noch in dessen Lebenszeit. Zugleich ist eine lange Line zu entdecken. Hesekiel kündete das Ende Babylons und einen Neuanfang für Israel an. Es geschah so. Und der Prophet verheißt eine Sammlung des Volkes aus allen Ländern, die noch gar nicht geschehen war. Erfüllt sich das gegenwärtig in der Rückkehr von Juden und dem Neuanfang im modernen Staat Israel? Viele Juden und Christen sehen darin ein Zeichen der Treue Gottes in seinem Wort und sagen: Ja! |


Uwe Becker (CDU) besucht seit 2004 Israel

INTERVIEW

„Das Schmieren-theater muss enden“

Seit Oktober 2019 ist Uwe Becker Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Für die Hessische Landesregierung fungiert er als Antisemitismusbeauftragter. Im Israelnetz-Interview spricht der CDU-Politiker über sein Engagement für den jüdischen Staat und erzählt, wo er die Grenze zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus sieht.

Die Fragen stellte Elisabeth Hausen

Israelnetz: Herr Becker, Sie sind Bürgermeister und Stadtkämmerer in Frankfurt am Main, Antisemitismus-Beauftragter der Hessischen Landesregierung und neuerdings Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG). Wie schaffen Sie das alles?
Uwe Becker: Dazu gehört eine strenge Disziplin, ein gutes Maß an Organisation von Terminen und inhaltlichen Fragen und eine Begeisterung für die Themen, um die ich mich in den unterschiedlichen Rollen kümmere. Dann passt das über sieben Tage 24 Stunden.

Sie haben ja auch noch Kirchen als Thema Ihrer kommunalpolitischen Arbeit.
Genau. Es ist eine der Facetten, die gerade auch dieses gesamtgesellschaftliche Wirken ausmachen, und insofern haben sich immer auch die Themen zueinander gefügt. Deshalb sehe ich das alles immer auch als Gesamtwerk meiner Aufgabe.

Wie kaum ein anderer deutscher Politiker treten Sie für Israel ein. In Frankfurt haben Sie ein Verbot der anti-israelischen Boykottbewegung BDS initiiert und 2017 auch durchgesetzt. Woher rührt Ihr Engagement für den jüdischen Staat?
Das Engagement setzt sich aus drei Säulen zusammen: Die eine Säule ist das Bewusstsein, in der jüdischsten Stadt in Deutschland zu leben, in der jüdisches Leben immer schon Teil der Identität der Stadt war und ist. Frankfurt ist eng verbunden mit Tel Aviv, damit sind frühe Begegnungen mit Israel entstanden. Mein erster Besuch war 2004, eine offizielle Delegationsreise. Dabei habe ich mich in Land und Leute verliebt. Ich begann, mich stark fürs Kulturelle, Geschichtliche, Politische zu interessieren. So sind die Dinge zusammengekommen und haben dazu beigetragen, dass ich mich diesem Engagement nicht nur verpflichtet fühle, sondern innerlich sehr stark das Bewusstsein habe, mich für dieses Miteinander auch einzusetzen.

Nur wenige politisch Verantwortliche positionieren sich so klar zugunsten Israels wie Sie. Stoßen Sie in Ihrer eigenen Partei auf Widerstand?
Nicht auf Widerstand, das nicht. Sicherlich teilen nicht alle die Begeisterung im vollen Umfang, aber es gibt ein gemeinsames Einstehen für Israel quer durch die eigene Partei. Das gilt aber auch für die übrigen, zumindest mal demokratischen Parteien, auch da wieder in Abstufungen. Aber ich bin mit meinen Positionen noch nie auf Widerstand gestoßen, sondern allenfalls auf ein Nachfassen und Nachfragen, weil ich die Position sehr pointiert vertrete. Ich erachte es für wichtig, dass man da auch eine klare Sprache spricht und nicht, wenn es um das Bekenntnis zu einem befreundeten Land geht, allzu diplomatische Floskeln wählt.

Was tun Sie, um andere von Ihrer Haltung zu überzeugen?
Ich versuche, Menschen davon zu überzeugen, überhaupt mal nach Israel zu reisen. Denn meine Erfahrung ist, dass all das, was man hier aufnimmt, was man hier liest, lernt, in den Medien anschaut, nicht das wirkliche Wahrnehmen der Situation vor Ort ersetzt. Wenn ich es hinbekomme, Menschen nach Israel zu führen, kann ich sie oft viel klarer mit der Situation vor Ort konfrontieren, von den Sicherheitsaspekten bis hin zur israelischen Küche. Das alles so aufzunehmen, gelingt eben nicht über Bücher, das gelingt nur durch einen Besuch. Aber auch, wenn das nicht möglich ist, versuche ich, Menschen mit meiner Überzeugung ein Stück weit anzustecken und Neugier zu wecken, Fragezeichen erstmal dort entstehen zu lassen, wo vorher Urteile oder Vorurteile waren, und darin auch immer wieder nicht nachlassen. Das halte ich für das Entscheidende. Viele haben mit vielen Themen zu tun, und dann reicht nicht immer der Fokus, um zumindest Interesse zu wecken und zu versuchen, das richtige Israelbild zu zeigen.

Wer sich offen zugunsten Israels positioniert, bekommt oft zu hören, er ignoriere das Leid der Palästinenser. Wie reagieren Sie auf solche Kritik?
Ich sage, dass der größte Teil der Palästinenser – Kinder, Frauen, Männer – sich genauso wie alle anderen Menschen auf der Welt ein Leben in Frieden, Freiheit, Wohlstand, Sicherheit wünscht, und dass ich mir das auch für die Menschen dort wünsche. Aber

Fotos: Israelnetz/Elisabeth Hausen

aus meiner Sicht ist die Situation nun einmal nicht zuvorderst durch die israelische Politik dort bestimmt. Die Hamas trägt Verantwortung für das Leben im Gazastreifen. Die Menschen erhalten eben nicht die Mittel, die ja in Dollar und Euro überwiesen werden. Vieles fließt in Terror-Infrastruktur, was man in soziale Infrastruktur stecken könnte. Die Palästinensische Autonomiebehörde finanziert mit vielen Mitteln eben auch Terror, begünstigt Terrorfamilien mit Rentenprogrammen, macht damit den Terror lukrativ. Das sind alles Mittel, die, wenn sie anständig eingesetzt würden, das Leiden von Palästinenserinnen und Palästinensern verringern würden. Klar würde ich mir ein noch mutigeres Umgehen der israelischen Regierung mit dem Friedensprozess an der einen oder anderen Stelle wünschen. Das blende ich nicht aus, blende aber auch die Gesamtsituation nicht aus. Man muss klar benennen, dass es nicht zuvorderst israelische Politik ist, sondern das Unvermögen, die Korruption und der Terror, den die korrupte Führung der Hamas letztlich den eigenen Menschen antut, maßgeblich mitverantwortlich dafür ist.



Beim 5. Deutschen Israelkongress 2018 wurde Uwe Becker wegen seines Einsatzes für den jüdischen Staat geehrt

In Deutschland gibt es viele Diskussionen darüber, ab wann Kritik an Israel antisemitisch ist. Wo setzen Sie hier die Grenze?
Für mich verläuft die Grenze dort, wo die Diskussion nach anderen Standards läuft, als sie bei jedem anderen Land der Welt angelegt werden. Die Israelis sind zuvorderst diejenigen, die über die eigene Politik und die eigene Regierung am stärksten diskutieren. Jetzt gibt es demnächst die dritte Wahl, daran ist abzulesen, wie politisch es dort zugeht. Im Gazastreifen und im Westjordanland hat es insgesamt noch keine drei Wahlen gegeben. Ohne dass das jetzt das Musterbeispiel ist, sieht man, wie politische Diskussion laufen können.

Man kann sich auch in Deutschland über Regierungspolitik in Israel auseinandersetzen. Aber sehr häufig wird eben nicht über konkrete Regierungspolitik diskutiert, sondern unter Israelkritik nimmt man ein ganzes Land und damit auch die Bevölkerung in Gänze in Haftung. Oft wird das eingeleitet mit der Diskussion darüber, dass man ja nochmal darüber reden darf. Da verlaufen für mich die Linien, wo aus einer Kritik an konkreten Regierungsentscheidungen ein Antizionismus und damit letztlich auch ein Antisemitismus wird.

Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, warum überhaupt so viele so oft über Israel diskutieren wollen. Denn das tut man ja in aller Regel über andere Länder auch nicht. Insofern ist dieser Ansatz, auch über Israel diskutieren zu wollen, bei vielen schon ein Indiz dafür, dass man sich nicht über reine Politik unterhält, sondern über viel mehr, und dann eine Stellvertreterdebatte entflammt.

Also eher so: Niemand sagt, ich fahre nicht nach Marokko, weil es die Westsahara illegal okkupiert hat?
Genau. Oder eine Diskussion über die Krim nehme ich auch in Deutschland kaum wahr. Aber man diskutiert jede Woche oder jeden zweiten Tag an irgendeiner Stelle im Land über Israel. Und sehr häufig sind es auch sehr ähnliche Persönlichkeiten, die da einen Wanderzirkus im Land veranstalten und überall als Referenten auftreten – immer mit der Aussage: Man wird ja mal diskutieren dürfen, und das findet fast das ganze Jahr über statt. Auch das zeigt, dass es häufig um mehr geht als nur um konkrete politische Entscheidungen Israels, über die man eben einmal diskutieren will.

Im Dezember hat Deutschland eine gegen Israel gerichtete UN-Resolution abgelehnt, was sonst nicht oft geschieht. Wenn Deutschland eine „besondere Verantwortung" für Israel hat, sollte es dann nicht viel öfter aus dem EU-Konsens ausscheren, wenn es um anti-israelische Abstimmungen geht?
Ja, sollte es, wobei ich mich eher dafür aussprechen würde, dass Deutschland sich stärker dafür einsetzen sollte, dass Europa insgesamt diese Diffamierungskampagne gegen Israel nicht mehr mitmacht. Dann lieber mal eine Resolution, die im Text schwieriger klingt, aber mit einem deutlichen europäischen Nein versehen, als eine abgemilderte Resolution, an der man auch noch mitgewirkt hat, die aber am Ende nichts anderes bedeutet als eine Diffamierung Israels. Eine überschaubare Zahl von Ländern bringt regelmäßig Resolutionen auf den Weg, mit dem einzigen Ziel, Israel an den Pranger zu stellen. Dieses Schmierentheater muss dadurch beendet werden, dass man sich mit diesen Fragen gar nicht mehr auseinandersetzt, sondern diese Resolutionen schlichtweg ablehnt. Und damit ein sehr deutliches deutsches wie auch europäisches Statement setzt und sagt: Es ist Schluss mit der fortlaufenden Diffamierung Israels. Das heißt nicht, dass man bei den UN nicht über Fragen des Nahen Ostens diskutieren kann und auch Resolutionen verfasst.

Wann steht Ihre nächste Israelreise an?
Die nächste steht Mitte Februar an. Dort führe ich eine Delegation von Kommunalpolitikern zur internationalen Kommunalkonferenz nach Tel Aviv. Und im Mai ist dann wieder das Board of Governors (Aufsichtsrat) der Tel Aviver Universität, dem ich angehöre.

Können Sie überhaupt noch sagen, wie oft Sie schon im Land waren?
(lacht) Ich habe nach der 20. Reise irgendwann aufgehört zu zählen.

Vielen Dank für das Gespräch. |

Eine ausführliche Version dieses Interviews finden Sie im Internet auf: israelnetz.com

Israel erlaubt Bürgern Reisen nach Saudi-Arabien



Skyline von Riad: Geht es nach Israel, dürfen israelische Staatsbürger nun auch nach Saudi-Arabien reisen

Es gilt als „historische Premiere“: Das israelische Innenministerium erlaubt seinen Staatsbürgern im eingeschränkten Rahmen erstmals Reisen nach Saudi-Arabien. Die Einreise werde Israelis aus religiösen Gründen wie der Pilgerfahrt nach Mekka oder aus geschäftlichem Interesse gestattet. Das Reisevisum muss zudem von Riad genehmigt werden, erklärte Innenminister Arje Deri Ende Januar laut dem Nachrichtensender „i24News“. Bislang reisen Israelis, meist muslimischen Glaubens, nur mit Sondererlaubnis oder einem ausländischen Pass ein. Die Entscheidung stelle eine „historische Premiere“ für die Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien dar, heißt es in dem Beitrag. Der saudische Außenminister, Prinz Faisal Bin Farhan, erklärte unterdessen, Israelis dürften vorerst nicht nach Saudi-Arabien reisen. Erst müsse ein Friedensvertrag zwischen Israelis und Palästinensern zustande kommen; danach könne die „Integration Israels in die Region“ zum Thema werden. |

Martina Blatt

Generalsekretär der Islamischen Weltliga in Auschwitz

Der Generalsekretär der Islamischen Weltliga, Scheich Muhammad al-Issa, sowie weitere hochrangige islamische Würdenträger aus aller Welt haben im Januar die KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau besucht. Im Anschluss betonte Al-Issa, der früher Justizminister von Saudi-Arabien war, die Weltgemeinschaft müsse sicherstellen, dass solch „schreckliche Verbrechen“ nie wieder geschehen. Der islamischen Delegation gehörten 62 Vertreter aus mehr als 25 Ländern an. Gemeinsam mit Vertretern des „Amerikanisch-Jüdischen Komitees“, das sich für die Interessen von Juden weltweit einsetzt, und Angehörigen von Holocaust-Überlebenden suchten sie die Gedenkstätte auf. AJC-Direktor David Harris sprach von einem „bahnbrechenden“ Ereignis. Es sei die „hochrangigste islamische Delegation“ gewesen, die jemals Auschwitz aufgesucht habe. Al-Issa nannte es sowohl eine heilige Pflicht als auch eine tiefe Ehre, unter den Kindern von Holocaust-Überlebenden und Mitgliedern der jüdischen und islamischen Gemeinschaft hier zu sein. |



Die muslimische Delegation, angeführt von Scheich Al-Issa, betet in Auschwitz

Dana Nowak

Israelisches Video in arabischen Ländern erfolgreich

Acht Frauen und acht Männer aus Israel erzählen in einem Video, warum sie die arabische Sprache lieben. Sie oder ihre Eltern stammen aus Ägypten oder Libyen, dem Irak, Syrien oder dem Libanon, aus Marokko, Tunesien oder Algerien. Es sind nur dreieinhalb Minuten, doch die kurzen Berichte berühren Herzen in der arabischen Welt. Der Film wurde Anfang des Jahres auf der Facebookseite „Israel spricht Arabisch“ hochgeladen. Um für ein besseres Image in der arabischen Welt zu sorgen, hatte das Außenministerium vor einigen Jahren diesen Kanal eingerichtet und füttert ihn seitdem mit Videos, Zitaten, Bildern oder Texten in arabischer Sprache. Die Seite hat inzwischen mehr als zwei Millionen Abonnenten, die meisten von ihnen leben in arabischen Ländern.

Das Video wird eingeführt mit den Worten: „Vielen ist nicht bekannt, dass die Hälfte der Einwohner Israels aus arabischen Ländern stammt.“ Damit, dass das Video so erfolgreich würde, hat niemand gerechnet. Der Sprecher des Außenministeriums spricht von einem der erfolgreichsten Filme, die je auf der Facebookseite gezeigt wurden.

Die Reaktionen der arabischen Zuschauer sind zahlreich und emotional. Der israelischen Tageszeitung „Yediot Aharonot“ berichtet einer der Interviewten von einem besonderen Erlebnis: Im Video erzählt Jossi Zemach, dass er aus einem kleinen Ort bei Qamischli stammt, in Nordsyrien, nahe der türkischen Grenze. Er habe einen Roman auf Arabisch geschrieben, der durch den Bürgerkrieg in Syrien inspiriert worden sei. Zemach ist 69 Jahre alt und war 1972 eingewandert. Besonders eine Reaktion auf das Video habe ihn beeindruckt: „Eine Frau schrieb mich an. Sie ist 70 Jahre alt. Sie stammt aus dem gleichen Ort wie ich. Später zog sie nach Aleppo, mit Ausbruch des Krieges ging sie zurück nach Qamischli. Vor ein paar Jahren ist sie mit ihrer Familie über die Türkei nach Deutschland geflohen. Sie erinnerte sich an eine Nachbarin aus dem jüdischen Viertel, die ich kenne. Die Frau wohnte nur zwei Straßen von uns entfernt und erinnerte sich daran, wie wir damals gut zusammengelebt haben.“ |

mh

Fotos: B.alotaby, Wikipedia | Muslimische Weltliga/Facebook

Rekordniederschläge im Januar

Die Regenfälle im Januar haben in diesem Jahr jahrzehntealte Rekorde gebrochen. In manchen Regionen Nordisraels fielen binnen zwei Wochen mehr als 400 Millimeter Niederschläge – soviel wie seit 51 Jahren nicht mehr in einem solchen Zeitraum. Das teilte der Israelische Meteorologische Dienst (IMS) mit.





Die Niederschläge sorgten für Überschwemmungen in Naharia und einen deutlichen Anstieg des Pegels des Sees Genezareth

Erst zweimal seit Beginn der Aufzeichnungen wurden in der Region überhaupt solche Werte gemessen: im Dezember 1951 und im Januar 1969. Manche Wetterstationen in West- und Obergaliläa verzeichneten gar über 450 Millimeter Regen. Der Durchschnittswert für Januar wurde in den ersten neun Tagen erreicht.

Auch in Südisrael regnete es ungewöhnlich viel: Teilweise maßen die Wetterstationen 122 Millimeter Niederschläge. Damit ging in manchen Regionen so viel Regen nieder wie seit 76 Jahren nicht mehr, berichtet die Tageszeitung „Jerusalem Post".

Doch der für die Landwirtschaft so nötige Niederschlag hat auch seine Schattenseiten. In mehreren Städten gab es Überflutungen, sieben Menschen kamen ums Leben. Besonders schwer traf es die Küstenstadt Naharia südlich der Grenze zum Libanon. Bürgermeister Ronen Marley sagte im israelischen Rundfunk, umgerechnet mindestens 78 Millionen Euro Sachschaden seien dort entstanden.

Positive Auswirkungen hat das Wetter indes auf den Wasserstand des Sees Genezareth: Er stieg in der Nacht zum 12. Januar binnen 24 Stunden um 23 Zentimeter. Am 28. Januar lag er 210,37 Meter unter dem Meeresspiegel – und damit knapp 2 Meter unterhalb der oberen Begrenzungslinie. |

Elisabeth Hausen

Jüdischer Gemeindetag: Kühnert bekräftigt deutsche Staatsräson



Kevin Kühnert (r.) und Gil Yaron auf dem Jüdischen Gemeindetag in Berlin

„Was ist die deutsche Staatsräson wert? Ist sie mehr als ein Lippenbekenntnis?" Das hat der Journalist Gil Yaron den Juso-Vorsitzenden der SPD, Kevin Kühnert, auf dem Jüdischen Gemeindetag im Dezember 2019 in Berlin gefragt. Kühnerts Antwort: „In einer Zeit, in der die Vereinten Nationen als Schutzmacht für den Staat Israel ausfallen – nicht weil da alle antisemitisch wären, sondern weil es einen Kreis von Staaten und Regierungen gibt, die auf eine obsessive Art die Bühne der UN nutzen, um dort von ihren eigenen Menschenrechtsverstößen abzulenken mit dem immer wiederkehrenden Blick auf Israel –, ist die innenpolitische Diskussion in Deutschland eine Stellvertreterdiskussion für den globalen Umgang mit dem Staat Israel." Deutschland habe eine Verantwortung für globale Ereignisse und müsse daher auch im Hinblick auf Israel Vorbild für andere Staaten sein, sagte Kühnert. Er selbst setze sich dafür ein, dass möglichst viele Juso-Mitglieder Israel besuchen. Israel „ist ein Schutzort für jüdisches Leben". Das müsse man in der deutschen Politik verstehen. Um dieses Verständnis zu stärken, besuchten seit 25 Jahren Jungpolitiker der SPD-Jugendorganisation Israel. Zu dem Gemeindetag lädt der Zentralrat der Juden in Deutschland alle drei Jahre die Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Deutschland ein. Bei der viertägigen Veranstaltung im Dezember ging es unter anderem um die Rolle Israels im Leben von Juden in der Bundesrepublik sowie um die Notwendigkeit der Bekämpfung des Antisemitismus. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bekräftigte in seiner Rede, dass weder antisemitische noch antizionistische Parolen vom Recht der freien Meinungsäußerung gedeckt seien. |

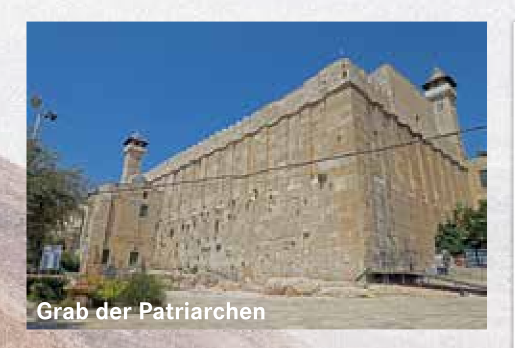
Martin Schlorke

Fotos: Stadt Naharia, Facebook | Israelische Wasserbehörde, Facebook | Israelnetz/Martin Schlorke

Prophetengräber in Nahost

Im Nahen Osten finden sich zahlreiche Gräber und Gedenkstätten biblischer Propheten und Personen. Archäologen oder biblische Aussagen widersprechen teils den Traditionen der unterschiedlichen Religionen, wo sich die Orte befinden. Um einige von ihnen gibt es Streit zwischen den Palästinensern, der islamischen Behörde Waqf und Israel. Das Israelnetz Magazin listet eine Auswahl der Stätten auf.

Martina Blatt


Grab der Patriarchen

Das „Grab der Patriarchen“ oder die Höhle Machpela in Hebron im Westjordanland ist eine wichtige Stätte des Judentums. Der Tradition zufolge ruhen hier die drei Erzväter Abraham, Isaak und Jakob, sowie ihre Frauen Sara, Rebekka und Lea. Obwohl das Neue Testament in Apostelgeschichte 7,16 dieses Grab in Sichem, dem heutigen Nablus, verortet, gilt Machpela auch für manche christliche Konfessionen als heilige Stätte. Auch Muslime führen sich auf den Stammvater Abraham zurück. Deswegen gehört zu dem Baukomplex die Abrahamsmoschee, ein Kirchenbau aus Kreuzfahrerzeit, der erobert wurde. Im nördlichen Teil gibt es eine Synagoge für jüdische Pilger. Vor Ort herrschen hohe Sicherheitsvorkehrungen. Die Stätte und die Stadt sind einer der Streitpunkte im Nahostkonflikt. Die israelische Armee bewacht das Grab. Die islamische Stiftung Waqf, die auch für den Tempelberg zuständig ist, verwaltet es.

Das Rahelgrab in der Nähe von Bethlehem gilt als Begrabungsort der Matriarchin Rahel, Jakobs zweiter Frau. Die Stätte ist Muslimen heilig. Seit wenigen Jahrzehnten wird von palästinensischer Seite aus politischen Gründen die Bezeichnung Bilal-Moschee bevorzugt, der traditionelle arabische Name ist „Rahel-Kuppel“. Die Hebräische Bibel kennt zwei Lokalisierungen des Grabs der Rahel, jeweils nördlich und südlich von Jerusalem, wobei das heutige Rahelgrab der Südtradition entspricht.


Aarongrab
Grab von Mose

Aaron, der biblische Hohepriester und Bruder des Mose, liegt der Tradition nach auf dem Berg Hor (Dschabal Harun), in der Nähe von Petra, im Süden Jordaniens begraben. Weil Juden am Aarongrab angeblich beteten, hatte Jordanien das Betreten der Stätte im August 2019 verboten. Nachdem Israels Präsident Reuven Rivlin Ende 2019 mit dem jordanischen Prinzen Ghazi Bin Mohammed Gespräche führte, wurde das Grab für Israelis wieder eröffnet. Wiederum ist der Ort von Moses Grab laut der Bibel (5. Mose 34) niemandem bekannt. Auf dem Berg Nebo zeigte Gott Mose das Land, „von dem ich Abraham, Isaak und Jakob geschworen habe: Ich will es deinen Nachkommen geben“. Er durfte selbst nicht hinein: „So starb Mose [...] im Lande Moab nach dem Wort des HERRN. Und er begrub ihn im Tal, im Lande Moab gegenüber Bet-Peor.“ Muslime glauben, dass Moses Grab mit dem Namen „Nabi Musa“ im Westjordanland nahe Jericho lokalisiert ist.

Die Stätte, an der Josef, ein Sohn des Erzvaters Jakob, begraben liegen soll, befindet sich bei Nablus, dem biblischen Sichem. Die von Israelis „Kever Josef“ genannte Grabstätte wurde mehrmals von Palästinensern zerstört und schlussendlich zu einer Moschee umgebaut. Laut mancher muslimischer Quellen gilt das Grab der Patriarchen als Josefs Ruhestätte.

Auch die Grabstätten des jüdischen Führers aus biblischer Zeit Josua Ben Nun und seines Mitarbeiters Kaleb befinden sich nach jüdischer Tradition nahe der Autonomiestadt Nablus in der palästinensischen Ortschaft Kifl Hares. Josua war der Nachfolger von Mose und führte die Israeliten aus der ägyptischen Sklaverei in das von Gott verheißene Land Kanaan. Von Josuas Tod heißt es in Richter 2,8 und 9: „Und sie begruben ihn im Gebiet seines Erbteils in Timnat-Heres auf dem Gebirge Ephraim, nördlich vom Berge Gaasch.“ Muslimische Traditionen nennen weitere Orte als Josuas Grabstätten, etwa in der Türkei.

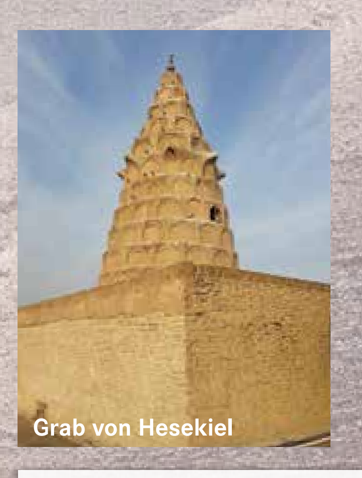
Die Grabstätte des Propheten Samuel, des letzten Richters Israels, liegt nördlich des Jerusalemer Stadtteils Ramot. Auf dem Areal befindet sich eine Moschee, die früher eine Kirche war. Das Grab ist in einer unterirdischen Kammer, in der es eine Synagoge gibt. Auf dem Jerusalemer Berg Zion wird das Davidsgrab nach jahrhundertelanger Tradition in einem Bauwerk in unmittelbarer Nähe der deutschen Dormitio-Kirche als Grabstätte des biblischen Königs David verehrt. Es gilt als eine wichtige heilige Stätte im Judentum. Die Authentizität der tatsächlichen Grabstätte Davids gilt als zweifelhaft. Die Mehrheit der Historiker und Archäologen sehen sie nicht als das eigentliche Grab Davids an. Laut der Bibel (1. Könige 2,10) wurde er wie die anderen Könige von Juda in der Davidsstadt begraben. Diese liegt etwa 700 Meter weiter östlich.


Grab des Daniel

Das Grab des Daniel – oder Mausoleum des Daniel – befindet sich im iranischen Susa. An diesem Ort soll der Tradition nach der Prophet Daniel begraben sein. Im Buch Daniel 8,2 ist der Ort erwähnt: „Ich hatte eine Vision, und während ich sie sah, befand ich mich in der Burg Susa, die in der Provinz Elam liegt, am Ulai-Kanal." Obwohl in der Bibel nichts über den Tod des Propheten berichtet ist, findet sich sein Grab nach jüdischer und arabischer Überlieferung dennoch in Susa. Das Mausoleum ist eine muslimische Pilgerstätte. Insgesamt sechs Orte beanspruchen, die Ruhestätte des Daniel zu sein, darunter sind auch Kirkuk im Irak und Samarkand in Usbekistan.

Das Grab des Propheten Hosea liegt laut jüdischer Tradition auf dem jüdischen Friedhof in Safed im Norden Israels. Der Rabbiner Emil G. Hirsch und der Theologe Karl Viktor Ryssel schrieben in der „Jewish Encyclopedia" wiederum, dass diese Tradition haltlos sei.

Auch für das Grab des Propheten Jesaja gibt es verschiedene Traditionen: Eine besagt, es liege im iranischen Isfahan, eine andere benennt das Tal Nachal Dischon in der Region Galiläa, eine dritte sieht es auf der Silwan-Seite des Kidrontals südlich der Davidsstadt.


Grab von Hesekiel

Das Grab des Propheten Hesekiel befindet sich laut jüdischer Annahme in Al-Kifl im Irak. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts kamen bis zu 5.000 Juden aus Bagdad und anderen großen Städten während des Passahfests zur Stätte. Die irakische Gemeinde bildete einst eine der größten und bekanntesten jüdischen Gemeinden im Nahen Osten. Heute ist das Grab Teil der Al-Nuchailah-Moschee. Der muslimischen Tradition nach liegt dort ihr Prophet Dhu l-Kifl, der oft als Hesekiel identifiziert wird. Zu Zeiten Saddam Husseins wurde die Stätte geschützt. Ein weiteres Bauwerk in Dezful im südwestlichen Iran wird auch als mögliches Grab Hesekiels identifiziert.


Gräber der Propheten

In den „Gräbern der Propheten" auf dem oberen Westhang des Jerusalemer Ölbergs sollen Haggai, Maleachi und Sacharja ihre letzte Ruhe gefunden haben, besagt eine mittelalterliche jüdische Tradition. Von den letzten drei jüdischen Propheten wird angenommen, dass sie im 6. bis 5. Jahrhundert vor Christus lebten. Bei der Stätte handelt es sich um in Felsen geschlagene Katakomben. Archäologen haben die frühesten Grabkammern auf das 1. Jahrhundert vor Christus datiert, was der Tradition widerspricht.

Fotos: Eddie, Carolina Stigson/ | Israelnetz/mh | Joneikifi/Wikipedia | Ilari Aalto, Wikipedia | Farhadmirza